



Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bitten Sie unseren Brief, der ab morgen den Bundestagsabgeordneten der Regierungsfractionen von CDU/CSU und SPD, und der Fraktion Die Grünen versendet wird, zu veröffentlichen.

BETREFF: EINLADUNG ZUM ÜBERPARTEILICHEN UND RÜSTUNGSPOLITISCHEN CORONA-DIALOG UND BITTE UM STELLUNGNAHME IN DER VIRTUELLEN FRIEDENSWERKSTATT MUTLANGEN

Wir sind eine überparteiliche Jugendgruppe von 15 Frauen und Männern, die sich in den letzten drei Monaten intensiv auf eine Delegationsreise zur Überprüfungs-konferenz des Nuklearen Nichtverarbeitungsvertrages (NPT RevCon) vorbereitet hat. In den letzten Wochen haben sich die Ereignisse überschlagen, sodass wir nun nicht, wie geplant, in New York sind. Wir wenden uns daher schriftlich an Sie, um gemeinsam mit Ihnen die neue Lage zu erörtern.

Denn genau jetzt ist es notwendig, friedensgefährdende Entscheidungen und Maßnahmen zu überdenken.

Die Situation führt uns die Dringlichkeit vor Augen. Denn die Herausforderungen, die überwiegend unsere Generation betreffen, bleiben weiterhin bestehen: Neben den ungelösten Fragen des Klimawandels ist eine konsequente Abrüstung bedeutend.

Durch die Verschiebung der vierwöchigen NPT RevCon auf das Jahr 2021 haben wir Zeit bekommen. Zeit, um die bestehenden Einstellungen und Blickwinkel im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik weiterhin kritisch zu überdenken und Abrüstungspfade zu öffnen.

Nur durch Dialog können wir unserem gemeinsamen Fernziel von einer atomwaffenfreien Weltgemeinschaft näher kommen: Sprechen wir miteinander und arbeiten wir vereint daran.

Wir möchten Sie einladen, mit uns in einem Zoom-Gespräch oder einer Telefonkonferenz in 30 bis 45 Minuten über die Chancen und Risiken der

nuklearen Abrüstung im Spiegel der Corona-Krise zu sprechen. Falls das für Sie nicht möglich ist, würden wir Sie um eine Stellungnahme bitten.

Wir würden uns freuen, wenn Sie in jenem Gespräch oder in der Stellungnahme näher auf die unten aufgelisteten Punkte eingehen könnten. Diese Themen, die wir in der Gruppe derzeit bearbeiten, können wir durchaus kontrovers diskutieren. Wir sehen darin keine abgeschlossene Liste, sondern sind offen für weitere Perspektiven und Ergänzungen.

1. Wir setzen uns dafür ein, dass Deutschland die nukleare Teilhabe aufgibt und die Modernisierung verwirft. Folgende Aspekte bewegen uns zu diesem Schluss. Wie ist Ihre Haltung dazu?

* Moralische Verantwortung Deutschlands: Der Einsatz von Atomwaffen ist moralisch höchst fragwürdig. Die Waffe ist selbst im Kriegsfall nicht legitim, da sie nicht unterscheidet, ob ein Mensch aktiv am Krieg beteiligt ist. Wie die Abwürfe der Bomben über Hiroshima und Nagasaki auf erschütternde Weise gezeigt haben, bedeutet die Entscheidung für den Einsatz von Atomwaffen stets auch eine Entscheidung gegen das Leben von Zivilist*innen. Dass die bereitwillige Inkaufnahme ziviler Opfer sogar Teil der Atomwaffenstrategie ist, zeigen allein die Pläne rund um die Lücke von Fulda während des Kalten Krieges.

* Deutschland definiert sich selbst als völkerrechtsfreundlich und menschenrechtsbasiert. Wie glaubwürdig ist das in Anbetracht der nuklearen Teilhabe?

* Abrüstung ist ein Schwerpunktziel der deutschen UN-Sicherheitsratsmitgliedschaft. Wie kann Deutschland hierbei als glaubwürdiger Akteur wirken?

* Die Aufgabe der nuklearen Teilhabe sendet ein Signal an Russland und die USA sowie Europäische Partner/NATO, dass wir sicherheitspolitische Probleme konsequent lösen müssen und einen konkreten Pfad der Abrüstung benötigen.

* Das Konzept der nuklearen Abschreckung ist überholt. Wie ist es möglich, Räume der Abschreckung durch Räume des Vertrauens zu ersetzen?

* Der Luftwaffenstützpunkt in Büchel und die nukleare Teilhabe sind nicht notwendig für die NATO-Mitgliedschaft. Denn in der NATO gilt das Prinzip der gleichberechtigten Stimme. Ein Bedeutungsverlust Deutschlands in der NATO ist daher ein Trugschluss.

* Können Sie sich ein Szenario vorstellen, in dem die nukleare Teilhabe der NATO als Strategie generell beendet wird?

* Ist eine Neubewertung des Verhältnisses zu den USA angesichts der immer schwieriger werdenden transatlantischen Beziehungen notwendig?

* 86 Prozent der Bevölkerung sprechen sich laut einer Greenpeace-Umfrage gegen die Stationierung von Atomwaffen in Deutschland aus, wie kann das so einfach ignoriert werden?

2. Atomwaffen verseuchen ganze Landstriche, machen diese auf Jahre und

Jahrzehnte unbewohnbar. Angesichts des Klimawandels, der daraus folgenden Wüstenbildung sowie ansteigender Meeresspiegel droht der Verlust momentan noch bewohnbarer Gebiete. Die Folgen: zunehmende Migration und Flucht, Hungerkatastrophen, Krieg um knapper werdende Ressourcen. Ein Atomwaffeneinsatz wird diesen Prozess noch beschleunigen. Wie kann diese Möglichkeit während des bereits fortschreitenden Klimawandels verantwortet werden?

3. Ein Dialog, welcher der Diversität der Bevölkerung gerecht wird, ist notwendig. Mit dem Einbezug einer geschlechterspezifischen Perspektive und dem Einbezug von Frauen, jungen Menschen sowie People of Color wird der Diskurs diverser, differenzierter und somit vorangebracht. Wie ist es möglich, diesen Diskurs diverser zu gestalten, feministische sowie Perspektiven von People of Color miteinzubeziehen?

Denn:

* Der machtpolitische und sicherheitsstrategische Diskurs, hier mit besonderem Augenmerk auf Atomwaffen, wird bereits viel zu lange von weißen Männern dominiert. Damit wird eine patriarchale Denkweise reproduziert, die die Perspektive anderer Bevölkerungsgruppen ignoriert.. Argumente gegen Atomwaffen werden somit häufig als "naiv" und "weltfremd" abgetan. Abrüstung sei eine "unrealistische weibliche Mission".

* Allerdings wurde bereits mit mehreren Studien nachgewiesen, dass mit dem Einbezug von Frauen in Friedensprozesse ein "besseres Outcome" erzielt wird. Zudem ist belegt, dass Staaten nach innen und außen umso friedlicher sind, je höher das Niveau von Geschlechtergerechtigkeit in ihren Gesellschaften ist. Regierungen, die sich aktiv dafür einsetzen, dass alle Geschlechter die gleichen Rechte und Möglichkeiten haben, sind weniger geneigt, internationale Konflikte mit militärischer Gewalt lösen zu wollen.

* Darüber hinaus betreffen Atomwaffen, deren Herstellung, der Abbau der verwendeten Ressourcen und nicht zuletzt die Tests und der drohende Einsatz von Atomwaffen insbesondere Frauen (so steht es auch im TPNW), People of Color und junge Menschen. So leiden beispielsweise indigene Menschen unter den Folgen atomarer Tests sowie dem Abbau von Uran auf ihren Territorien und Menschen, die mit unterfinanzierten Bildungssystemen, Verkehrs- und Gesundheitsinfrastruktur konfrontiert sind, besonders unter der Milliardenfinanzierung atomarer Waffen. Es geht hier also nicht um "naive" Stimmen, sondern um die Stimmen jener, die die Konsequenzen atomarer Waffen am meisten zu spüren bekommen. Wie ist die Missachtung dieser Perspektiven zu rechtfertigen?

Darüber hinaus interessiert uns, was Sie persönlich am Thema Sicherheit, Verteidigung und Abrüstung motiviert. Unterscheidet sich ihre Perspektive hier von der Linie Ihrer Partei/Fraktion? Welche Ereignisse und Wege haben Sie geprägt?

Wir sind sehr an einem offenen und vertrauensvollen Austausch interessiert.

Mit freundlichen Grüßen

Die Jugenddelegation der Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.